

Bezugskreis:

Vertriebsgebiet: ...

Telegraphische Adressen: ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 17. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Rußland wird geräumt.

Aus Kopenhagen erhalten wir vom 17. September folgenden eigenen Drahtbericht:

Der Oberste Rat hat im Pariser Kriegsministerium in Anwesenheit von Clemenceau, Lloyd George, ...

Das Ergebnis des Beschlusses besteht bereits darin, daß Estland und die anderen baltischen Kleinstaaten ...

England und Südafrika.

Kopenhagen, 17. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes ...

Die Streikbewegung in der amerikanischen Stahlindustrie.

Die „Times“ meldet aus New York, daß die Arbeiterbewegung in eine neue Phase getreten ist, nachdem die Führer der Stahlarbeiter ...

Der Friedensvertrag im Senat.

Wie drahtlos aus Washington gemeldet wird, hat am Montag nachmittag im amerikanischen Senat die Debatte über den Friedensvertrag begonnen.

Der Lebensmittelbedarf Europas.

Nach Meldung des „Petit Journal“ aus New-York erklärte Hoover bei seiner Ankunft, Amerika müsse wenigstens 50 Proz. der Nahrungsmittel nach Europa schicken.

Deutschland und Washington.

„Echo de Paris“ veröffentlicht eine Nachricht, aus der man entnehmen kann, daß die Frage, ob Deutschland zur internationalen Washingtoner Konferenz ...

Die Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

Aus London wird gemeldet: Die Bergarbeiterdelegation wird zusammen mit dem Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes und mit dem Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes ...

Wie lange noch soll der Skandal dauern?

Wißhandlungen eines republikanischen Offiziers.

Ein schier ungläublicher Vorfall wird uns aus Potsdam gemeldet: Dort ist ein Offizier wegen seiner republikanischen Betätigung von Regiment-„Kameraden“ auf das schwerste mißhandelt und aus der Kaserne hinausgeführt worden.

Es handelt sich um den Leutnant B. von der 2. Flakabteilung 3. Potsdam, der in der Versammlung des Republikanischen Führerbundes vom 15. September als Mitglied desselben ein Bild gab, wie in den Offizierskasinos gegen die Regierung gehetzt und gewöhlt wird.

Die Sache blieb nicht aus. Als B. am nächsten Tage das Offizierskasino betrat, wurde er von einer Anzahl Offiziere bedrängt, angepöbelt und geschlagen.

B., der früher Demokrat war, jetzt Sozialdemokrat ist, gibt zu, daß er seine Gesinnung verheimlicht hat. Er hat dies jedoch im Interesse der Regierung getan, denn er hatte bei seinem Eintritt in die Abteilung den Eindruck, mitten in eine Verschwörung hineinzugeraten.

Wie wir noch erfahren, liegt das von B. gesammelte Material dem Reichswehrministerium vor. Ein Verfahren gegen die Offiziere ist eingeleitet, B. soll Gelegenheit erhalten, seine Angaben als Zeuge unter Eid zu machen.

Wir verlangen, daß die schwer kompromittierten Offiziere, die sich durch ihr rowdhafes und gewalttätiges Benehmen noch besonders bloßgestellt haben, bis zur eintreffenden Klärung des Falles sofort zur Disposition gestellt werden.

Die Lage unserer Kriegsgefangenen.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des R.A.B. äußerte sich Major Draudt über seine Eindrücke von seinem Besuch in den englischen und französischen Gefangenenlagern. Er erklärte, in materieller Beziehung liege kein Grund zur Beunruhigung vor.

Nicht so gut sei es um die seelische Verfassung der Gefangenen bestellt. Fast immer könne das Gefühl einer heißen Vaterlandsliebe festgestellt werden, und die Sorge um die Heimat drücke viele nieder.

Die Zusammenarbeit mit den französischen Bauern in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs gehe im allgemeinen einträchtig vor sich. Die gemeinsame Arbeit bringe sogar ein gewisses völkerverständnendes Moment zwischen Franzosen und Deutsche, das für die spätere Zusammenarbeit nur nützlich sein könne.

Was kein Deutscher wußte.

Es ist noch in aller Gedächtnis, welches Auffehen die Enthüllungen Erzbergers in Weimar über die Möglichkeit machten, im August 1917 mit England in Friedensverhandlungen treten zu können.

Bählte man aus den Pressestimmen der Rechten schon damals die innere Unsicherheit ihrer Behauptungen und das nicht allzu gute Gewissen heraus, mit sich zu sein an dem Fortgang des kirchlichen Völkermordens, so wird dieses Gefühl jetzt zur Gewissheit, da plötzlich Erzberger in England selbst ganz unerwartet ein Zeuge für Englands deutliche Friedensabsichten entfiel und besonders auch dafür, daß gerade die Alldeutschen und die Haltung der Obersten Heeresleitung es waren, welche das Zustandekommen von ernsthaften Verhandlungen unmöglich machten.

Der Herausgeber der „National Review“ Leo Rayje veröffentlicht nämlich im Septemberheft seiner Monatschrift Enthüllungen über die zu Zeiten niedergeschlagene Stimmung in England und im englischen Kabinett überhaupt und im besonderen über den in Rede stehenden Friedensschritt durch Vermittlung des Papstes.

Die in dieser Zeit in den Vordergrund tretende künftige Persönlichkeit Lloyd Georges brachte es fertig, das augenblickliche Schwächegefühl Englands wieder zu verdrängen und neue Hoffnungen auf den baldigen Sieg durch die damals geplante kombinierte Offensive im Osten und Westen zu wecken.

Tatsächlich ergriff im August 1917 die britische Regierung die Initiative, um Deutschland durch den Vatikan eine Eröffnung zu machen, und man erwartete von Deutschland eine Antwort, die unsere Panikmacher instand hätte setzen können.

Es wird also hier von Rayje in dem wichtigsten Punkte Erzberger recht gegeben, daß die Anregung im August 1917 von England ausgegangen ist. Er sagt weiter, daß Berlin vielleicht eine befriedigende Antwort hätte geben können, wäre die Oberste Heeresleitung und die Vaterlandspartei nicht gewesen.

Die ausreichende Antwort des damaligen deutschen Reichskanzlers Michaelis: „Wir sind in heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Excellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschte Garantie zu geben“ war natürlich für die englische Regierung doceri bestimmend, daß jede weitere Verhandlung von ihrer Seite abgebrochen werden mußte.

Man kann also zusammenfassend sagen, daß Erzberger jetzt von feindlicher Seite eine vollständige Bestätigung der objektiven Wahrheit seiner Enthüllungen erhält. Es ist gar kein Zweifel, daß die Politik unseres Militärs Schuld daran gewesen ist, daß damals nicht eine Verständigung angebahnt wurde. Das belgische Problem mußte — das war für England eine Existenzfrage — natürlich vor Beginn der Verhandlungen klar sein und hätte auch klar sein können, da die deutsche Regierung ja bekanntlich das Belgien angeklagte Unrecht schon im August 1914 anerkannt hatte.

Dem Fortgang und dem Verlust des Krieges danken wir das Elend und den Jammer, in dem wir leben. Nicht der

Revolution, die nur die Folge, nicht die Ursache der Niederlage war. Und trotzdem wagen diejenigen Parteien und Zeitungen, die die ganze unermessliche Schuld tragen, schon wieder den Kopf zu erheben und die Verleumdung auszusprechen, daß die Revolution unser Unglück verursacht habe. Ihnen fällt jetzt der englische Publizist kräftig in die Parade. Im August 1917 gab es vieles, was kein Deutscher wollte. Zwei Jahre später gibt es vieles, was jeder Deutsche will. Dazu gehört in erster Reihe, daß wir unseren militärischen wie zivilen Eroberungserfolgen den Niederbruch Deutschlands und den Gewaltfrieden von Versailles zu danken haben.

„Republik Birkenfeld.“

Wie die „Frankfurter Zig.“ vernimmt, ist die sogenannte „Republik Birkenfeld“ bereits vergangen. Sonntagabend durch die alte Regierung, an deren Spitze Hartung steht und die vom Willen des ganzen Ländchens getragen wird, ersetzt worden. Die Regierung Hartung habe die ausgewiesenen Beamten sofort zurückgerufen. Der Umfassung in Birkenfeld sei auf eine Unterredung von zwölf Vertretern der Birkenfelder Bevölkerung mit General Mangin zurückzuführen. Der französische Oberkommandierende habe sich offenbar überzeugt, daß die anständigen Bevölkerung so gut wie geschlossen hinter der alten Regierung stehe und Jöller und Genossen nur Beratung entgegenbringe.

Verteidiger der Reaktion.

Unsere Betrachtung über die Tätigkeit der A. und S.-Mäde hat die „Deutsche Tageszeitung“ geärgert. Sie bemüht sich, unsere Angaben über die Tätigkeit der Mäde zu entkräften, indem sie auf die Weiterarbeit des Beamtenapparats hinweist. Dadurch werden die Verdienste der A. und S.-Mäde in keiner Weise geschmälert. Sie hatten zu kontrollieren und haben durch diese Tätigkeit ganz enormen Nutzen für das Volk gestiftet. Damit nicht genug hat die Kontrolle durch die A. und S.-Mäde die Weiterarbeit des Beamtenapparats auch dort erreicht, wo sie durch Possibilität oder Obstruktion andernfalls ins Stocken geraten wäre. Denn auch solche Stellen hat es hier und da und je länger je mehr gegeben.

Die von uns als Falschmeldung gebrandmarkt Mitteilung des angeblichen 800-Millionenverbrauches der A. und S.-Mäde, sucht die „Deutsche Tageszeitung“ der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben, indem sie uns die durchaus nicht neue Erklärung macht, daß die Angabe zuerst von den „Pol. Parl. Nachr.“ in die Welt gesetzt worden sei.

Zu ihrer Behauptung, daß die Korrespondenz eine sozialdemokratische sei, sekundiert ihr lebhaft die „Freiheit“, die die Sensationsmeldung bringt, daß die „P. P. R.“ ihr Lager im Hofe des „Vorwärts“-Gebäudes aufgeschlagen habe. Die langjährige Art, mit der die „Freiheit“ der „Deutschen Tageszeitung“ zur Seite springt, übertrifft uns bei der gewohnten Kompromittierung der Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialdemokratie durchaus nicht. Aber sie müßte schon in etwas wahrheitsgetreuerer Weise ihre alldeutsche Freundin stützen. Denn es dürfte den „Freiheit“-Redakteuren nicht ganz unbekannt sein, daß die „P. P. R.“ eine tendenziöse Korrespondenz sind, die im Dienste keiner Partei steht. Im übrigen weisen wir die „Freiheit“ darauf hin, daß im gleichen Gebäude Weinlager, Konfektionsgeschäfte und verschiedene andere Betriebe hausen, für deren Leistungen und Produkte die Sozialdemokratie ebensowenig verantwortlich gemacht werden kann wie für die Meldungen der „Pol. Parl. Nachrichten“.

„Stillschleibern und Teuerungszulast.“ Zu der in der Wochenangabe vom Dienstag unter dieser Spitzmarke gebrachten Kritik wird und berücksichtigt mitgeteilt, daß die kommunisierende Besprechung bereits am 19. September, nicht am 19. November stattfindet.

Am Jadebusen.

Von Josef Riche.

Am Nordstrand in Wilhelmshaven. In uraltem Rhythmus branden und brausen die grauen Wellen an die felsigen Klippen der weissen Düde. Sie umföhen den Leuchtturm, der erhebt sich und einsam ragt, brechen sich an den zungenförmig vorgestreckten Molten und plätschern im ruhigeren Bufen die Jade an dem spärlichen Rest der einst so stolzen kaiserlichen Artillerie. Wehr und Waffen des wilhelminischen Zeitalters sind zu grotesk-förmlicher Dürftigkeit zusammengeschmolzen. Und ungeachtet der wenigen im Hafen liegenden Kriegsschiffe zweiter und dritter Garnitur gemahnt das laute Gepolter aldenischer Kriegsschiffe drinnen im Lande an die hoffnungslosen Bahnen des Zerfalls.

Grün und einsam liegen die von der Abfertigung verschont gebliebenen Schiffe. Ein paar Soldaten halten Wache, damit nicht von den eigenen Landsleuten das noch vollends gestohlen wird, was von der unerlösten Flotte geblieben. Eine stille, stumme Welt breitet sich heute dort, wo einst laute militärische Drüllworte erschallten. Demals, wo unsere Zukunft noch auf dem Wasser lag. — Abmontieren die letzte Herrlichkeit ist heute zur Lösung geworden. Unerbittlich und unermüdet greifen täglich schwere Arbeiterhände den schwimmenden Eisenkästen in die Eingeweide, um nach und nach die ungeliebten gewordenen Werte in ihre einzelnen Teile zu zerlegen. In den projektierten Brühen auf den ausgedehnten Werftanlagen in den technischen Büros die Ingenieure neue Pläne zeichnen, zu deren Ausführung jetzt die Werft umgebaut wird. Und auch über die zukünftige Ausnutzung des Jadebusens können und denken die Volkswirtschaftler und Geographen.

Der Kriegsschiffbau und die Werft standen jahrzehntelang in enger Wechselwirkung. In engerer Unterwürdigkeit wurde in den Werkstätten Stahl und Eisen für Reparaturzwecke gehämmert. Und auch die Stadt, die in lässigem Halbkreis vom Wasser umschäumt wird, hatte teil an dieser Wechselwirkung. In der Freude wie im Schmerz, Naot und „Kuli“ füllten den wesentlichen Teil des Publikums in den Straßen und Lokalen. Enge Verwandtschaftsbande festelten Militär und Zivil. Und so kam es auch, daß, als die so langer Siegesbotschaft umgelopene Scharte von Flaggentafel ihre große Parade in die Stadt warf, die Frauen und Bräute in banger Sorge nach dem Hafen drängten, alwo die ersten Voten des Jammers ihre Schellen warfen.

In unendlicher Grabreihe ruhen die Toten von Stappert auf dem großen Friedhof in Wilhelmshaven. Ludendorff-Tripliche Diplomatenkunst aber machte aus dem blutigen Treiben einen herrlichen Sieg der deutschen Waffen, und der oberste Kriegsherr schickte an Krupp ein begehrtetes Widmungstelegramm an der Gasse des deutschen Stahls. Auf diese Weise lachte man Heimat und Schützengräben ein. Der Wilhelmshavener Presse war strenges Schweigegebot anbefohlen.

Heute steigt die Stadt ein anderes Gesicht. Rüstern und Prospekt. Weder Naot noch Kanti promenieren durch die

Zum Fall Reinhard.

Die „Post“ hält ihre Anschuldigungen gegen den Offizier-Vertreter Reinhard aufrecht und bringt bezaunerte Aussagen. Die Reinhard's angebliches Vorleben und angebliche Verbrechen betreffen. Die uns vorliegenden Papiere Reinhard's reichen nicht aus, um im Augenblick die Behauptungen der „Post“ nachprüfen zu können. Einzelne Angaben der „Post“ stehen im dem Inhalt der Militärpapiere in Widerspruch andere sind nicht nachkontrollierbar. Aus anderen geht aber hervor, daß die „Post“ keine andere Person, sondern denselben Offizier-Vertreter Reinhard meint, dessen Papiere in unseren Händen sind. Unter diesen Umständen muß das Resultat der amtlichen Nachprüfung abgewartet werden. — Im übrigen betonen wir immer wieder, daß es sich nicht um die Person Reinhard's, sondern um die Äußerungen des Obersten Reinhard handelt.

Parteitag der Sächsischen Sozialdemokratie.

Der Vorsitzende Genosse Einbeermann eröffnet am dritten Sitzungstage die Sitzung um 8 1/2 Uhr und bemerkt, daß aus Delegationen der Wunsch an ihn ergangen sei, eine Definition des Antrags 14. Beseitigung der Doppelmandate, herbeizuführen. Er wolle nun wissen, ob unter diesen Fall auch die Stadterordneten- und Gemeinderatsmandate einzuschließen seien.

Richter-Chemnitz bejaht diese Auffassung. Derselben Meinung sind Altermann und Schille-Chemnitz. Hager-Beipzig wendet sich entschieden dagegen, während Bräuer-Chemnitz die Auffassung vertritt, daß die Frage je nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden solle.

Riese-Dresden bemerkt, daß man diese Definition im Antrag 14 hätte zum Ausdruck bringen müssen. In diesem Falle wäre er aber sicher nicht angenommen worden. Es sei ganz unmöglich, die Gemeindevandate in diesen Beschluß einzubeziehen. Die Partei werde dadurch höchstens schwer benachteiligt, denn sie wisse schon heute in vielen Orten nicht, wo sie die Kräfte für Stadterordneten- und Stadtratsmandate hernehmen solle.

Die gleiche Auffassung vertritt Hager-Schneeberg. Eine abermalige Abstimmung ergibt, daß unter Doppelmandaten nur Reichstags- und Landtagsmandate zu verstehen sind.

Ueber die künftige Gemeindeverwaltung referiert sodann Genosse Edmund Fischer:

Auch die freie Verfassung im Reiche und in den Bundesstaaten bringe uns nur wenig, solange die demokratische Verwaltung nicht durchgeführt werde. Das geht nicht mit einem Male, aber geschafft muß es werden. Der Weg geht über die Gemeindeverwaltung. Durch die Umgestaltung der Gemeinde- und Bezirksvertretungen ist ein neues großes Stück Demokratie geschaffen worden. Aber das war nur der Anfang. Die eigentliche Reform muß erst noch beginnen.

Es kommen auch sonst noch eine große Reihe Fragen in Betracht. Die sächsische Gemeindeverfassung sei über ein halbes Jahrhundert alt. Das merkwürdige an der Sache sei, daß sich selbst die Demokraten gegen die Demokratisierung

der Gemeindeverwaltung wenden, wie sie durch die Revolution eingeleitet worden sei. Aber das kommunalpolitische Leben und Wesen dürfe weder eine Diktatur der Mehrheit noch der Minderheit aufweisen. Die Minderheit müsse von der weitgehenden kommunalen Selbstverwaltung durch die Mehrheit geschützt werden. Nur dann könne von einer wahren Demokratisierung die Rede sein.

Rehner geht näher auf die Frage des Ein- oder Zweikamersystems in der preussischen und sächsischen Kommunalverwaltung ein. Im Rahmen der letzteren spielen die Stadterordneten die Rolle eines Aufsichtskontrollorgans, der Stadtrat die des selbständig ausführenden Organs, das vieles erledigt, was den Anschauungen in der Masse der Wähler nach der Stadterordneten entspreche.

Der Wunsch der Beseitigung dieses Zustandes sei berechtigt. Rehner plädiert für die in Preußen vorhandene Bürgermeisterversammlung und ihre Vorränge in technischer und allgemeiner Hinsicht. Sie könne trotz alledem

vor der Demokratie nicht bestehen. Dafür aber das Einkammersystem, sei dem der Gemeinderat, bestehend aus den befohlenen Gemeindevorstands- und Rats-

mitgliedern und Gemeinderäten (Stadterordneten) gemeinsam beschließt. In Preußen wie in Sachsen herrsche jetzt aber vielfach die Auffassung, daß man das Beschlußrecht nur den Gemeinderäten (Stadterordnetenkollegien) zugestehen dürfe.

Ob das vorteilhaft sei, beste noch dahin. Wenn man aber schon dazu neige, so müsse man das englische System vorziehen, das überhaupt keine beamteten Amtspersonen in unserem kommunalpolitischen Sinne kenne. Jedemfalls müsse man auf

das Einkammersystem

kommen. Das müsse auch in Sachsen geschehen, wo außerdem auch der gemeindefürsorgliche Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden beseitigt werde.

Unser Programm kennt weder die Anzügen des Landrates, noch des Amtes- oder Kreishauptmanns und deren Bevormundungsrechte. Die Gemeinden sollen völlig frei davon sein, in ihren Handlungen nur der Kontrolle und der Beurteilung der Gerichte unterstellt.

In Frankreich, angeblich auch einer demokratischen Republik, herrsche das von den Bonapartes eingeübte Präfektensystem, das den Regierungsmechanismus mit seiner Diktatur darstelle, mit einer demokratischen Einrichtung sehr wenig Ähnlichkeit habe, dafür aber dem Präfektensystem gleiche, das bis zur Revolution in Deutschland geherrscht habe.

Wenn das auch in Sachsen momentan noch vorhanden sei, so müsse es, wenngleich schließlich von sozialistischen Beamten beseitigt, einst doch fallen, um dem einzig möglichen demokratischen Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden Platz zu machen.

Unsere Hauptaufgabe bestehe in der Kommunalisierung der Amtes- und Kreishauptmannschaften und der Durchführung der großen gemeindefürsorglichen Selbstverwaltung als einer staatlichen Einrichtung. Erst dann werde neues freies Leben und Streben in unsere kommunalen Körperschaften eingehen und fruchtbringend im Interesse der Allgemeinheit wirken.

So gut der zentralistische Gedanke in gewissen Stadien unserer politischen Entwicklung sogar als revolutionäres Hilfsmittel gewesen sein möge, so müsse doch der demokratische Grundgedanke der Selbstverwaltung von ganz allein zu der gesunden Desentralisation führen, die das Wesen der Demokratie in der Mitbestimmung des ganzen Volkes voraussetze.

Sachsen sei ein sozialistisches Land, werde sozialistisch regiert und müsse daher auch von jenem Geiste durchdrückt und geleitet werden, der die Gewähr dafür biete, daß Sachsen künftig den freiesten und besten geleiteten und ausgehaltenen Staatskörper im Reiche darstelle. (Beifall.)

Es liegt ein genügend unterstützter Antrag vor, das Referat des Genossen Fischer als Druckschöpfung herauszugeben.

Altermann-Chemnitz: Unsere Selbstverwaltung ist sehr reaktionär. Das Einkammersystem müsse geschafften werden. Der Redner tritt für die Entschädigung der Gemeindevorsteher ein.

Rehner-Chemnitz: Schon in früheren Jahren hat sich unsere Partei eifrig der Reform der Gemeindeverwaltung angenommen. Aber unsere Forderungen in dieser Frage sind noch nicht genügend konzentriert. Dazu bedarf es noch einer großen Klärung und längerer Diskussion. Der Redner wünscht, daß die Reform der Gemeindeverwaltung

in einem rascheren Tempo

betrieben wird. Die Regierung ist augenblicklich dabei, Erhebungen und Gutachten bei allen interessierten Kreisen zur Reform der Gemeindeverwaltung einzuholen.

Riese-Chemnitz: Obwohl in der Presse bescheidene Anfänge der Diskussion über die Verwaltungsreform der Gemeinde gemacht wurden, sei es doch nicht gelungen, ein weitgehendes Interesse bei der Masse der Arbeiter dafür wahrzunehmen. Der Redner tritt für das Einkammersystem und die Beseitigung des gemeindefürsorglichen Unterschiedes von Stadt- und Landgemeinden ein. Andere Genossen fallen mehr auf die Beachtung mündlicher Verhandlungen und sich nicht nur in solche Sachen drängen lassen, in denen sie zwar

die Fülle der Verantwortung

hätten, während sie, weil nicht im Hauptamt beschäftigt, den nötigen Überblick über ihr Ressort oftmals auch beim besten Willen und bei intensiver Anspannung aller ihrer Kräfte gar nicht haben könnten.

Schneider-Chemnitz: Durch das Rahmengesetz der neuen Gemeindeverfassung werde die Gemeindeverwaltung vielfach unlesbar gemacht. Man bestimme die Gemeinden bald nach den alten, bald nach den neuen Bestimmungen.

Die Unterstellung der Gemeinden und ihrer Beschlüsse unter die Gerichte sehe Reform der Rechtsprechung und der Gerichte selbst

schmalen Straßen, und wenn ein Rivallist in eine Wirtschaft tritt, wird er in querschnittlicher Weise behandelt als früher, wo das Jioel nichts, das Militär alles galt. Nach und nach wurden's ihrer immer weniger. Und heute sind es nur noch einige Fährlein Koselcher Reichswehrstrassen, die die Stadt beböfem.

Wo einstmals von Minute zu Minute dem Meer her scharfe Strengepfiffe die Luft zerrissen, ist heute Alltagsruhe. Fort ist alles Kriegsgeschrei. Geruhiger Werktagssrieden mischt sich in den Sonnenuntergang. Wohl hammers, potis und schmiedet in den geräumigen Werkstätten, die Feuer sprühen, und schwarzer Qualm wogt aus hohen Schornsteinen. Wie all die Jahrzehnte lang wälzen sich des Nachmittags am Arbeitsplatz die ruhigen Arbeiterscharen aus den Toren der Werft, ergießen sich in die Hauptstraßen und verlieren sich in den Nebengassen. In der militärischen Kommandatur ist mit dem Deuten der Sirenen verschwunden. Ueber die Arbeiter ist etwas Freies gekommen. Etwas Freies, das sie früher, als die Zeit der Angeberei und des Herrtums auf der „kaiserlichen“ Werft ihre Heiligat hatten, vielfach nicht konnten.

Freilich, das Umheben der Werft machte auch eine Anzahl während des Krieges tätiger Arbeiter und Angestellter überflüssig. Der Bau von Hochdampfmaschinen, Lokomotiven und metallenen oder hölzernen Hausgerät benötigt nicht mehr jene Kräfte, die während der Kriegsjahre in enger Arbeit bemüht waren, dem gefährlichen Rostloch das verderbbringende Futter in den weitgeöffneten Rachen zu werfen. Dem Tribut, den alle Kriegsschiffswerften nach dem militärischen Zusammenbruch zahlen mußten, sind auch Wilhelmshaven und Rüstingen, die Schwesterstädte an der Jade, nicht entgangen. Doch wie anbetend, so bedingten auch hier die großen, mit Millionenkapital geschaffenen Anlagen, die weiten Docks und die geräumigen Hallen, die schweren Maschinen und die hohen Riesenkräne ihre Rückbarmachung. Und die Reichsregierung hat alle Vorzüge getroffen, damit die wirtschaftliche Zukunft dieses Industriegebiets gesichert ist. Damit nicht diesem industriellen Ausläufer des ostpreussisch-ostfälischen Bauerlandes ein oberirdisches Vintafischloch beider wird, wie es die Gane von der auf dem Boden der Nordsee ruhenden Stadt zu berichten weh, dera Bloden man an stillen Sonntagnachmittagen klingen hören soll.

Die Zeiten kommen und gehen. Vor einem Jahrhundert hat hier auf dem weitestvorgekehrten Küstenvorprung Napoleon gestanden und strategische Pläne geträumt. Drei Menschenalter später kam weiland Wilhelm der Zweite, der „oberste Kriegsherr“, nam „den Dreißig in die Hauf“ und hielt grimmige Reden über's Meer hinüber zu den angefallenen Vettern. Alles ist vergänglich. Der Götzenwahnstirn eines Napoleons und der eines spätereordneten kleineren zerbröckelten. St. Helena und Amerongen wurden stille Klise für gemeine und anachronische Wellenherrscher.

Und nun steht ein neues, friedfertiges Geschlecht am schönen Nordseebeich, prüft das Meer, wie einst zehntausend Griechenherzen und hofft und wartet in banger Sehnsucht und Sorge der reichen Kaufmannschiffe, die von fremden Schäden an die deutsche Küste kommen sollen.

Talatal! In uraltem Rhythmus branden und brausen die grauen Nordseewellen. Verkünden und verkörpern das ewige Siegeslied der Kraft und scheinen der eisen- und waffenlirrenden

Kriegsboote zu spotten, die einstmals hier das Meer durchsuchten. Das ewige Siegeslied der Kraft. — Wird es dem deutschen Volk gelingen, die Zeiten aldenischer Gewaltpolitik zu dergessen und sich kraftvoll aus des Jammers Gegenwart hochzureden?

Der Adler als Vielfraß.

Welche ungeheuren Mengen von Fleisch ein Adler verzehrt, ist wenig bekannt, und diese Feststellung wird in unserer fleischarmen Zeit Verwunderung und Reid erregen. Die Frage wird behandelt in einer Zeitschrift an die „Times“ auf Grund von Beobachtungen, die der englische Naturforscher G. B. Macpherson gemacht hat. Der Gelehrte beobachtete und photographierte ein Adlerweib, in dem sich zunächst zwei junge Adler befanden. Das eine Adlerjungwe schwand bald; das andere und die beiden Alten aber beobachtete Macpherson in einem Zeitraum von 67 Tagen an 22 Tagen. An Nahrung, die die alten Adler dem jungen Tier herbeibrachten, zählte er während dieser 22 Tage 9 Hasen, 15 Kaninchen, 33 Wildhühner, 2 Schneehühner, 1 Ratte und einen kleinen Vogel, den er nicht näher feststellen konnte. Dabei nährten sich die beiden alten Tiere außerhalb des Nests, und der allergrößte Teil von dem, was sie herbeibrachten, wurde von dem jungen Adler verzehrt. In einem Tag beobachtete Macpherson, daß große Stücke rohen Fleisches, die er als die Leberreste von einem Wildhuhn und zwei Kaninchen feststellte, aus dem Nest herausfielen. An demselben Tage brachten die Alten innerhalb von 45 Minuten 4 Wildhühner an und zwar im Juni, also in einer Zeit, wo die Jungen eben ausgeflogen sind. Wildhühner der Vögel ihrer Eltern dringend bedürfen. Das ist ein Beweis dafür, wie schädlich die Gefährlichkeit der Adler für die übrigen Vögel ist. Der Gelehrte hat auf Grund seiner Beobachtungen berechnet, daß diese drei Adler innerhalb von 63 Tagen mindestens 224 Pfund Fleisch verzehrt haben, und er stellt fest, daß dies eine Fleischmenge darstellt, mit der nach der dem Engländer von der Regierung bewilligten Fleischration drei Menschen 75 Wochen auskommen müssen.

Notizen.

— In der Volkshäube findet die Eröffnung der Georg-Kaisers-Drama „Die Bürger von Calais“ am 27. September statt.

— Die neue Symphonie als Völlerband. Im Conservatorio Verdi in Mailand wurde Verhovens' zweite Symphonie mit fast beispiellosem Erfolge zur Aufführung gebracht. Während des Krieges war es in Italien nicht möglich, deutsche Musik in ein Konzertprogramm aufzunehmen; selbst Beethoven und Wagner waren ausgeschlossen.

— Ein norwegischer Theaterbesuch. Um die vielen engagementslosen Schauspieler zu beschäftigen und Künstler, die in Vergessenheit geraten sind, bekannt zu machen, plant der norwegische Schauspielerverband Mittagsvorstellungen. Bei diesen Veranstaltungen sollen Stücke aufgeführt werden, die von den Theatern bereits angenommen sind aber Jahr für Jahr liegen bleiben, ohne aufgeführt zu werden.

vorwärts. Er sei der Meinung, daß man die Kreis-
mannschaften als überflüssig verschwinden, dafür aber
die Amtshauptmannschaften in grundsätzlich veränderter Form als
Leiter der großen amtshauptmannschaftlichen Zweckverbände be-
stehen lassen könne.

Leiserer - Chemnitz: Wenn er sich auch im allgemeinen mit der
Aufsaffung des Referenten einverstanden erklären könne, so sei das
hinsichtlich der Frage des Einkommens nicht der Fall.
Auch sonst sei trotz der Revolution noch manches beim alten ge-
blieben. Man habe in Chemnitz zwar

eine sozialdemokratische Mehrheit

im Stadtverordnetenkollegium, im übrigen aber herrsche noch der
alte Schlampambel. (Anrufe bei den Chemnitzer Vertretern.) Neben-
her mag eine Reihe Vor schläge in kommunalpolitischer Hinsicht, die
zu verwirklichen schon jetzt auf Grund der neuen Kommunalgesetze
möglich ist. Zum Schluß wünscht er gleichfalls, daß den Bürger-
meistern und Gemeindevorständen das Ribbestimmungsrecht ver-
sagt werden müsse. Sie seien nur ausführende Personen.

Der Minister des Innern, Genosse Ulling, drückte zu-
nächst seine Genehmigung über die günstige Aufnahme des vom
Ministerium herausgegebenen Fragebogens aus, dessen Inhalt
später zum weiteren Ausbau des hohen Selbstverwaltungswertes
dienen soll. Eine große Reihe der von den Vorrednern geäußerten
Wünsche sei schon auf Grund der inzwischen verabschiedeten neuen
kommunalpolitischen Gesetze möglich. Der Anschein, als ob die sozia-
listische Regierung

mit einer gewissen Reaktion

durch die und dünn gehe, sei so unbedeutend wie nur möglich und
nur denkbar, weil die Regierung doch auch nur auf Grund der von
der Volkammer erlassenen Gesetze verfahren könne. Man ver-
gegenwärtige sich dabei nicht die Schwierigkeiten, der die sozia-
listische Mehrheit in der Kammer Herr zu werden versuchen müßte
und geworden ist.

In seinem Schlusswort konstatiert der Referent, Genosse Fischer,
daß die Debatte keine besondere Gegenständlichkeit zu seinen Ausfüh-
rungen ergeben habe. Was die von ihm gewünschte Beurteilung
der Tätigkeit und Beschäfte der Gemeinden durch die ordentlichen
Gerichte anlangt, so sei damit nur gemeint, daß man sie der Ent-
scheidung durch eine einzelne Person, dem Amts- oder Kreis-
hauptmann, entziehe. Was die Bestellung des leitenden Beamten an-
langt, so bezweife er auf unsere alte programmatische Forderung

der Wahl dieser Beamten durch das Volk.

Er glaube sicher, daß sich die gesetzgeberischen Vorlagen der Regie-
rung in dieser Richtung bewegen und auch die Faktion in der
Volkammer demgemäß tätig sein wird.

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen wird der Antrag, das
Referat des Genossen Fischer im Druck herauszugeben, ange-
nommen.

Es folgt die Beratung der Anträge 15, 16, 17, 21, 23 und 24.
Den Antrag 17 **Blauen**, eine grundsätzliche Stellung zur Grün-
dung von Einwohnern wehren zu nehmen, begründet Genosse
Dresdner. Die Genossen empfänden einen Ekel, weiter noch
Waffen in die Hände zu nehmen; zur Aufrechterhaltung der Ord-
nung genüge der Polizeischutz und das übrige müsse die organisa-
tische Erziehung innerhalb der arbeitenden Klasse betreiben.

Genosse Ulling: Es sei irrig, daß die Regierung den Bayern
Waffen für den Flurschutz liefere. Was die Gründung von Ein-
wohnern wehren anlangt, so bilde das Motiv dazu die Unsicherheit,
die sich im Lande seit dem

Zusammenbruch des alten Systems

herausgebildet hätte. Die Bildung solcher Wehren auf illegale
Weise billige die Regierung nicht und lehne sie ab.

In den Industriegemeinden und Städten könnten sehr gut die
organisierten Arbeiter die Wehrarbeit in den Einwohnern wehren
bilden. Er, der Minister, habe die Einrichtung privater Einwohnern
wehren nicht abgelehnt. Auch dürfe keine Einwohnern wehr mit privaten
Geldmitteln unterstützt werden. Man fürchte jetzt so sehr reaktionäre
Tatsache. Komme es einmal dazu, dann tragen diejenigen die
Schuld, die unser Wirtschaftsleben niemals zur Ruhe kommen
lassen. Nur dem Schutze der Ordnung solle die Einwohnern wehr
dienen.

Schleicher - Meerane: Die Kriminalität nehme so zu, daß die
Einwohnern wehren nicht mehr zu entbehren seien.

Nebel - Meisen: Wir haben die Einwohnern wehr abgelehnt. Ob
wir es auch jetzt hätten, wenn wir die vernünftige Begründung
des Genossen Ulling gehört haben würden, wage ich zu bezweifeln.

In der Abstimmung wird der Antrag Ulling aus-
gestimmt. Damit erledigen sich einige andere Anträge.

Ulling - Chemnitz begründet einen Antrag der Chemnitzer Ge-
nosse, die Regierung zu ersuchen, ein

Übergangsgesetz gegen den Bodenwucher

zu erlassen. Der Antrag 16 wird der Volkammerfraktion über-
wiesen.

Den Antrag 18 begründet kurz Genosse **Dresdner - Blauen**, der
von vornherein ersucht, den Antrag der Faktion zu überweisen.
Nebsther erinnert an den

moralischen Niedergang der Jugend

während des Krieges. Auch die Gewerkschaften hätten sich
um die Jugend nicht bekümmert. (Widerspruch.) Diese werde in
einen Zirkel hineingetrieben, der unserer Partei den schwersten
Schaden bereite. Ein erhöhter Jugendschutz sei ein Gebot der
Notwendigkeit.

Die Genossinnen **Wagner** und **Hornemann** wünschen in Rück-
sicht auf die Ausbeutung der Kinder in Industrie und Land-
wirtschaft einen härteren gesetzlichen Kinderschutz. Die
Genossin **Hornemann** verbreitet sich namentlich über die Ver-
hältnisse in den Kladderbüchsen, in die hineinzuleuchten die Regie-
rung ein Recht habe sich erlauben würde.

Genosse Schuster - Bautzen begründet den Antrag **Bautzen**, die
gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens nach den Richtlinien des
Gewerkschaftsverbandes anzustreben.

Die Anträge 18 und 19 werden hierauf den Landesinstanzen
der Faktionen überwiesen, ebenso der Antrag 20, den **Sindermann**
kurz begründet.

Der Antrag 23, **Niederreinerdors**, Abschaffung der alten
Rangabzeichen usw., wird vom Genossen **Wagner - Bautzen** unter
dem Gesichtspunkt behandelt, daß man sich statt dessen lieber mit
der Reichswehr und ihren Auswüchsen beschäftigen solle. Das
kann aber nicht gelingen, sondern in Berlin. Antrag 23 wird durch
die gestrigen Erklärungen des Genossen **Roske** als erledigt er-
klärt. Damit ist Punkt 8 erledigt. Zu Punkt 7 werden Anträge
nicht geäußert. Die Landesversammlung ist am Ende ihrer inhalt-
reichen Tagung angelangt.

Rehner - Chemnitz: Wie sind diesmal zum letzten Male auf
der Welt der alten Organisationsform zusammengelassen. Da
ist es unsere Pflicht, denjenigen unseren aufrichtigsten Dank aus-
zusprechen, die mit Hingabe und Fleiß die reiche Arbeit im Landes-
vorstand geleistet haben. Ich meine neben anderen besonders die
Ramen **Sindermann**, **Braune** und **Gradnauer**. Ich
glaube deshalb in Übereinstimmung mit der ganzen Landesver-
sammlung zu handeln, wenn ich all denen den warmsten Dank aus-
spreche. (Beifall.)

Sindermann: Dresden dankt in warmen Worten für diese An-
erkennung und wünscht, daß recht bald der versöhnende Geist in die
Arbeiterbewegung einziehen möge. Die Verhandlungen der Landes-
versammlung lassen den Schluß zu, daß das Gelingen wird. Sie
waren vom Geiste des Zusammengehörigkeitsgefühls besetzt. Er-
füllt und der

Geist der Brüderlichkeit

und flammender Arbeitseifer, dann werden wir der Sache des
Sozialismus zum Siege verhelfen.

Darauf **Ulling - Chemnitz** dankt die Landesversammlung
in einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die
Delegierten begeistert einstimmen.

Industrie und Handel.

Börse.

Die ungünstigen Jahresabschlüsse des Bochumer Vereins und
der Harpener Berg-Aufwerk-Gesellschaft, sowie die Auslassungen der Ver-
waltung der Bismarckhütte riefen am Montagmarkt eine all-
gemeine Verwirrung hervor, und die Kurse schlugen durch-
weg eine rückläufige Bewegung ein, die zum Teil in härterem
Maße erfolgte. Das galt namentlich für Bismarckhütte, die 8 Proz.
verlor. Bochumer hielten 4 Proz., Lauria 5 Proz., Oberberg
4 1/2 Proz. und Harz-Hütten 4 1/2 Proz. Späterhin verloren
auch Phönix 3 1/2 Proz. Auch Schiffahrtspapiere waren
stark rückläufig auf die Notung, daß eine allgemeine Freigabe des
Verlaufes von Schiffwertern nicht erfolgen werde. Niedriger stellten
sich namentlich Danja um 8 Proz., Vaterjäger, Lloyd und die übrigen
Rebenwerte hielten bis 4 Proz. ein.

Am Montagmarkt ist die Haltung ruhiger geworden und
die Werte waren gleichfalls vorwiegend rückläufig. Romona wichen
von 8200 auf 7800, Deutsche Kolonialaktien von 1200 auf 1100,
Solomon Salpeter von 610 auf 485, Southwest von 200 auf 160.
Dagegen Rio-Quinca und Otavi leicht gebesselt. Rüstungs-
papiere nicht einheitlich. Deutsche Klassen härter rückläufig, da-
gegen Rüstungs- und Orenstein u. Koppel 8 Proz. höher. Am
Elektromarkt A. G. O. und Bergmann 4 Proz. gebessert
Schudert 3 Proz. niedriger. Fast alle Anleihenpapiere. Am Va-
luntinmarkt Erdölwerte wenig verändert. Kanaba 17 Proz. und
Baltimore 10 Proz. nachgebend. Kriegsanleihe schwächer mit
7 1/2%. Von älteren Anleihen die 4proz. Werte ungefähr
1 Proz. rückläufig.

Groß-Berlin

Die Verwendbarkeit der Schlösser.

Aus dem Finanzministerium schreibt man uns:
„Wie die ständig eingehenden Gesuche zeigen, herrscht in der
Öffentlichkeit noch vielfach die Auffassung, daß die früher könig-
lichen Schlösser brauchbare Wohnungs- oder Bureauobjekte seien
und daß die Häuser der vorhandenen Räume nicht voll ausgenutzt sei.
Tatsächlich ist das ein Irrtum.“

Zunächst sei festgestellt, daß es in Berlin folgende Gebäude gibt,
die durch die Auflösung des Hofes freigeworden sind: das Alte
Schloß, der Marsall, das Kronprinzenpalais, das
Prinzessinnenpalais, Schloß Ronbijou und Schloß
Charlottenburg, Bellevue, das frühere Palais
August Wilhelm, das Haus Vehrenstr. 41 und einige
kleinere bedeutungslose Objekte.

Schloß Charlottenburg ist bereits seit Dezember 1918
bis zum letzten verfügbaren Raum durch das ortspolizeiliche Daza-
reit des Gardelozs und städtische Fürsorgestellen belet. Drei ge-
heben ist lediglich das künstlerisch und historisch außerordentlich
wertvolle Mittelgebäude. Ronbijou war und ist ein Museum.
Trotzdem hat es in den letzten Jahren angebauten Saal für
den Betrieb der Staatstheater als Probebühne jetzt hergeben müssen.
Das Prinzessinnenpalais enthält zum großen Teil nur
Privatwohnungen, sie sind selbstverständlich auch jetzt vermietet;
in den Zimmern des Kapbaus befinden sich noch militärische
Bureaus. Im Rohbau des Kronprinzenpalais ist, wie
bekannt, von Staats wegen eine Ausstellung moderner Gemälde
eingerrichtet worden, der Rest des Gebäudes nimmt die Zentrale der
Sicherheitspolizei auf. Das Alte Schloß, in dem bis vor
kurzem alle verfügbaren Räume von Truppen besetzt waren, wird
in demselben Maße, wie diese Räume frei werden, vorläufig mit
staatlichen Behörden belegt. Es wird geplant, das Gebäude, soweit
es nicht praktischen Zwecken dauernd dienlich gemacht werden
kann, im wesentlichen zu einem Museum auszugestalten. Einen
bedeutenden Bestandteil dieses Museums werden die kunsthisto-
risch wertvollen Räume des Schlosses bilden. Fast der gesamte
Marsall ist jetzt der Stadt Berlin für ihre Verwaltungszwecke
zur Verfügung gestellt worden. Zwei Häuser in der Vehren-
straße, die ebenfalls zum Marsallkomplex gehören, sind schon vor
Monaten der Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin überwiesen
worden.

In Bellevue sind die Seitenflügel für verschiedene staat-
liche und Reichsbehörden schon vor Monaten freigemacht worden.
In den Nebengebäuden und den dortigen Restraumlichkeiten
befindet sich eine Fahrereisendst. Das frühere Palais August
Wilhelm ist an das Reich für zwei Kometer vermietet. In dem
alten noch als Bibliothek eingerichteten Hause Vehrenstr. 41
ist jetzt das Depot der Liebesgaben für die heimkehrenden Kriegs-
gefangenen usw. untergebracht.

Mit diesen Maßnahmen hat das Finanzministerium seine
Tätigkeit aber nicht erschöpft. In voller Würdigung der Bedeutung
des Wohnungsmarktes ist immer wieder, so erst neuerdings, eine
genaue Hebersicht über alle irgendwie benutzbaren Räume
in den Gebäuden der früheren Hofverwaltung aufgestellt worden.
Dabei hat sich aber nur bestätigt, was die Kenner der Verhältnisse
schon seit Monaten wissen, daß zuletzt im März vor dem Frühjahr-
umzugstermine alles vergeben wurde, was nur irgendwie in
Frage kam.

Ergänzend sei hier nur noch angefügt, daß die früher könig-
lichen Schlösser und Landställe usw. außerhalb Berlins dem Finanz-
ministerium ebenfalls soweit als es nur irgend durchführbar er-
scheint, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, das heißt für das
Finanzministerium, für die Öffentlichkeit verwertet wurden.

Die Allgemeinheit kann verstehen, daß ihre Interessen vom
Finanzministerium auch in bezug auf die Verwertung der Schlösser
in jeder Beziehung wahrgenommen werden. Man muß sich nur
von dem naiven Gedanken befreien, daß hinter jedem Schloßfenster
ein für Wohn- oder Bureauzwecke brauchbarer Raum sei. Die
Schlösser sind eben immer auf große Raumverfügungen, ohne Korri-
dore, in Luxusausstattung gebaut und eingerichtet worden. Ihre
praktische Verwertbarkeit steht oft im geraden Gegensatz zu ihrem
künstlerischen Wert. Bei der Verwertung muß bei aller Rücksicht-
losigkeit, mit der das Finanzministerium vorgeht, beachtet werden,
daß den kulturellen Werten kein Schaden geschieht, der niemals
wieder gutgemacht werden könnte. Unter Berücksichtigung dieses
Grundsatzes ist mit den beschlagnahmten Schlössern und den nach
der Umwälzung dem Staate zugefallenen Gebäuden alles geschehen,
was zur Hebung der Wohnungsnot oder zur Hebung der Volk-
gesundheit damit geschehen konnte.“

Wohnungsflut wird nicht nur in den von Wohlhabenden be-
wohnten Stadtvierteln Berlins getrieben. Auch in Arbeitervierteln
findet sich manche übergroße Wohnung, die nur von wenigen Personen
bewohnt wird. Wenn Hauswirte selber in ihren Miet-
lokalen wohnen, nehmen sie in der Regel ein ganzes Stockwerk
in Anspruch. Im Hause Lübbener Str. 13 hat die Hauswirtsfamilie,
die nur aus zwei Damen besteht, eine Wohnung von neu-
er Stuben und zwei Küchen. Das darüber liegende Stockwerk
mit denselben elf Räumen umfaßt nicht weniger als fünf kleine
Wohnungen mit zusammen sechs Stuben und fünf Küchen.
Hoffentlich werden die Damen durch „Kanonisierungs-
darüber belehrt, mit wie wenig Räumen selbst eine Hauswirtin
auskommen kann.“

Die Geschehenkenntnis der Berliner Stadthofe.

Und liegen mehrere Schreiben des Geschäftsführenden Aus-
schusses der Berliner Stadthofe vor, nach denen diese Kirchen-
behörde überhaupt, der § 8 des Gesetzes vom 14. Mai 1873, Aus-
tritt aus der Kirche betreffend, sei noch in Geltung. Ferner des
„Vorwärts“, die im Jahre 1918 aufgegeben sind, wird mitgeteilt,
daß sie noch bis 31. Dezember 1919 kirchensteuerpflichtig sind.“

Kennt die Stadthofe nicht die Verordnung der preussischen
Regierung vom 18. Dezember 1918? Oder ist sie mit ostentativen
Laternen der Auffassung, daß Verordnungen der Regierung keine
Gesetzeskraft haben?

Nach dieser Verordnung wird der Ausgetretene von den
Leistungen insoweit befreit, als diese Leistungen nach dem Schluß
des laufenden Jahres der 1. Jahres fällig werden. Die Kirchen-
steuerpflicht der vor dem 1. Januar 1919 Ausgetretenen ist sonach
mit dem 31. Dezember 1918 erloschen gewesen. Wer noch im
September d. J. austritt, braucht nur für die Zeit bis zum
30. September 1919 Kirchensteuer zahlen. Wer zu Unrecht ver-
anlagt wird, reklamieren rechtzeitig, d. h. innerhalb vier Wochen.

Geimgelehrte Kriegsgefangene

Können alle Ansprüche auf rückständige Röhnung, Anträge auf
sonstige Rückstandsfordernungen, Anträge zur Erlangung einer Rente
(Versorgungsansprüche) usw. stellen: bei den Entlassungsstellen I
bis VI in Berlin-Schöneberg, General-Pape-Strasse (Landwehr-
Dienstgebäude). Landwehr-Inspektion Berlin.

Die Kirchenaustritts-Bestimmungen für Preußen sind dahin ge-
ändert, daß der Austritt vollkommen kostenlos durch einfache, aber
nur mündliche Erklärung auf dem zuständigen Amtsgericht er-
folgt und daß die Kirchensteuer nur noch für das Vierteljahr zu
zahlen ist, in dem der Austritt erfolgt. Eine Veranlagungsstelle für
Kirchenaustritt befindet sich im Rudolfiner Rathaus, Zimmer 401,
Dienstags und Freitags von 4-6 Uhr.

Einführungskursus in den wissenschaftlichen Sozialismus:
Morgen, Donnerstag, letzter Abend in der Aula, Christophburger
Strasse 7.

Der unaufgeklärte Tod des Schlächters Gustav Schloniewski
aus der Friedenstraße beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Sch-
traf einen unbekanntem Mann, der ihm 6 Pferde von der polnischen
Artillerie zum Kauf anbot. Die Tiere sollten in Ostpreußen in Of-
preußen stehen. Er wollte das Geschäft machen und beabsichtigte,
mit dem Manne, der in einem hiesigen kleinen Hotel wohnte, nach
Ostpreußen zu fahren. Er hatte kurz vorher aus einem anderen
Geschäft eine größere Geldsumme eingenommen und diese für den
Handel eingekauft. Die Pferde wollte er weiter verkaufen. Mit der
Reise wollte er einen Besuch seiner Eltern verbinden. Wann Sch-
mit dem unbekanntem Manne abgefahren ist, steht noch nicht fest.
Sein Vater, der in Seeburg in Ostpreußen Zimmermeister ist, er-
hielt plötzlich die Nachricht, daß sein Sohn dort in das Krankenhaus
eingebracht worden ist. Bevor der Vater noch mit ihm sprechen
konnte, starb er. Die Angehörigen vermuten, daß der Mann von
dem unbekanntem hinausgelockt und einem Verbrecher in die Hände
gefallen ist.

Gesunden. In der Konferenz der Betriebsvertrauensleute, Ver-
sicherungsfunktionäre und Arbeiterräte der S. V. D. die am Montag in den Zentral-
stellen stattfand, wurde ein Anwerler in grünem Einzug gewählt. Er ist
abgebildeter Bezirkssekretariat Bellevuestr. 7, a. 11, Zimmer 11.

Schulbau. (Förderklassen.) Zunächst werden vier bis
fünf weitere Klassen mit einer Schülerzahl von 30 eingerichtet für
Kinder, die nach dem Ablauf des ersten Schuljahres nicht als ver-
sehungsfähig angesehen werden können. Es steht zu erwarten, daß
diese Kinder durch besonders tüchtige Lehrkräfte soweit gefördert
werden, daß sie in ein bis zwei Jahren wieder in ihren Jahrgang
eingereiht werden können.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wittenau. Von Freitag ab: Wal 1/2 Kilogramm 75 der Groß-Berliner
Lebensmittelkarte 250 Gramm Ruben (0,35 M.), 1/2 Kilogramm 76 250 Gramm
Maiskörner (1,45 M.), 1/2 Kilogramm 216 der Einheits-Preiskarte 250 Gramm
Kleinkornmehl (0,42 M.), 1/2 Kilogramm 42 der Fremdenkarte 250 Gramm
Bismarckmehl (0,43 M.). Die Ware ist bis spätestens Sonnabend, den
27. d. Mts. abzuholen.

Reinickendorf. Die auf 1/2 Kilogramm 15 der Karte für Schwerbeschädigte
Kriegsteilnehmer entfallenden 500 Gramm Hühnerfleisch sind bereits auf
1/2 Kilogramm 14 mit zu entnehmen. 1/2 Kilogramm 15 wird mit Zeitmarken be-
leitet.

Tabletten. Von heute bis Freitag, den 19. auf 1/2 Kilogramm 81 der
Lebensmittelkarte 250 Gramm Daleskoden (1/2 90 M.), 1 Zuspennmehl
(18 M.), 1/2 Kilogramm 85 250 Gramm Maisgrieß bezw. Maismehl (1/2 2,50 M.)
Bei Schaff Strabenerstr. (Doje 50 M.).

Groß-Berliner Parteinarichten.

Niederbarchowien. Donnerstag 7 1/2 Uhr in der Aula des Vorkamms,
Kaiser-Wilhelm-Str. 59: Offenti. Vortrag des Genossen **Wißel:** „Die
Sozialdemokratie im neuen Deutschland.“

Kabudorf. Sonnabend 8 Uhr: Offenti. Versammlung im großen
Saale bei Schulte. Genosse **Rabold** Wißel berichtet über „Gemeinnützige“,
Kultur, technisch-industrielle Angelegenheiten und Kaufleute.
Donnerstag, nach 5 Uhr, im Festsaal des Vorkamms: Konferenz der
auf dem Boden der S. V. D. stehenden Offiziere, Vertrauensleute und
Arbeiterräte der technisch-industriellen und kaufmännischen Angestellten.
Rebe Firma muß unbedingt durch Telegrafie vertreten sein. Dne Mit-
gliederbuch der S. V. D. sein Zutritt.

Vertrauensleute der Post- und Telegraphenverwaltung.
Donnerstag, 8 Uhr, in der Aula des Sophien Gymnasiums, Reinickendorfer
Strasse 16/17: Vertrauensleute, wozu das Verschicken der Genossen dringend
erwünscht ist. Umladung und Mitgliedbuch legitimieren.

Der Verbandsrat.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stewens-Konzert. Freitag 4 1/2 Uhr im „Gartener-Club-Stadt-
park“, Rungewinkel: Besprechung sämtlicher Kriegsbeschädigten und
Kriegshinterbliebenen. - **Reichsbund der Kriegsbeschädigten.** Ge-
samt-Berlin, am Freitag 1/2 Uhr, im Saal des Reichsbundes, Reichsbund-
platz: Feiern der Kriegshinterbliebenen, in der ein Vortrag über die
Kriegshinterbliebenen und eine für den beschädigten Versorgung stiftende.
Die heimgekehrten Kriegsgefangenen sind eingeladen. Mitgliedskarte
ist auszuweisen!

Gewerkschaftsbewegung

Die Krise in der Metallindustrie.

Beabsichtigte Stilllegung von acht Betrieben.

Unsere Korrespondenz meldet: Am gestrigen Tage haben stoc-
die Vertreter der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber Ver-
sprechungen mit dem Reichsarbeitsminister gehabt und ihm ihre
Forderungen und Wünsche vorgetragen. Minister **Schäfer** hat sich
eine weitere Stellungnahme noch vorbehalten und dürfte im Laufe
des heutigen Tages weitere Verhandlungen mit dem Deutschen
Metallarbeiterverband aufnehmen. Der Verband hat, um seinen
Forderungen Nachdruck zu verleihen, mit der Regierung von Ver-
trieben droht und hat sich 8 Großbetriebe herausgesucht, denen
er ein Ultimatum stellte, das heute mittag abläuft. Es soll in den
Betrieben von Postpa, Doimler, Schürwald, in den Deutschen Tele-
fontwerken, bei der Firma **Israel**, A. G. O. Kabelwerk und bei **Kuer**
darüber abgestimmt werden, ob man in den Streik treten will oder
nicht. Uebrigens hat der Reichsarbeiterverband dem Verband Ber-
liner Metallindustrieller mitgeteilt, daß er zwar mit dem im
Schiedsgericht beschlossenen Beschäftigten von 320 M. pro Stunde
einverstanden ist, daß er aber für Transportarbeiter einen Stunden-
lohn von 2,25 M. verlangt, während im Schiedsgericht ein Stunden-
lohn von 2,25 M. festgesetzt war. Offenbar ist diese Forderung noch
keine endgültig, da man dem Minister **Schäfer** gegenüber die Forde-
rung auf 2,70 M. pro Stunde betonte.

Weiter wird mitgeteilt: Die Organisationsleitung der Arbeiter
hat einige Betriebe herausgesucht, die im Augenblick mit Roh-
material, Kohle und vor allem mit Aufträgen versehen sind. Es
sind dies hauptsächlich Werke der Elektroindustrie und der Ma-
schinen- und Verkaufsfabrikation. Die überatrophe Zahl der Be-
triebe in der Metallindustrie liegt jedoch bereits drach, weil weder

